

## **Auf dem Weg zur Inklusion**

### **Eine Projektbeschreibung der Stadt Hennef**

*Stefan Hanraths, Erster Beigeordneter*

#### **I. Vorbemerkungen**

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (BRK) stellt die Bundesrepublik im Bereich der Bildung vor große Aufgaben. Ziel der BRK ist es, niemandem den diskriminierungsfreien Zugang zu allgemeinen Einrichtungen und Diensten im Bereich der Bildung zu verwehren – letztlich eine Zielvorgabe, die auch aus Artikel 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik abgeleitet werden kann. Der schrittweise Aufbau eines inklusiven Bildungssystems ist zu realisieren. Dieser Auftrag erfordert von allen staatlichen Ebenen geeignete Maßnahmen unter Berücksichtigung der innerstaatlichen Verantwortlichkeiten. Voraussetzung ist, dass auf allen staatlichen Ebenen eine Bewusstseinsbildung zur Inklusion vorangetrieben und in der Gesellschaft verankert werden muss. Der Bund hat hierbei aufgrund seiner völkerrechtlichen Gesamtverantwortung für die Umsetzung der BRK insbesondere Standards für inklusive Bildungseinrichtungen zu fördern und den Wissenstransfer in Richtung von Ländern und Kommunen zu organisieren. Den Ländern obliegt - insbesondere für das Schul- und Kindertagesstättensystem - eine hohe gesetzgeberische Verantwortung, die unter Beachtung des Konnexitätsprinzips Rechtssicherheit sowohl für Kinder, Eltern als auch Kommunen schafft. In diesem Sinne haben die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen am 12.07.2011 den Antrag „Auf den Weg in ein inklusives NRW“ (Landtagsdrucksache 15/2361) in den Landtag eingebracht. Hierbei geht es konkret um einen Aktionsplan zur Umsetzung der BRK in Nordrhein-Westfalen.

#### **II. Was ist Integration, was ist Inklusion ?**

Seit den 70er Jahren prägte der Begriff der „Integration“ als Leitbegriff die öffentliche Diskussion. Integration zielt darauf ab, die institutionelle Separation abzubauen und Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen möglichst in die allgemeinen und normalen Institutionen einzugliedern. Nach heutigem Begriffsverständnis wird unter Inklusion ein „soziales Eingeschlossensein“ als ein Zugehörigsein in einer Gemeinschaft oder ein Einbezogensein in lebensrelevante Kommunikationszusammenhänge verstanden, negativ gesagt ein „Nicht – ausgeschlossen – Sein“. Integration will Menschen in bestehende Systeme eingliedern; Inklusion betrachtet die Menschen als gleichberechtigte Mitglieder der bestehenden Systems, so dass eine „Eingliederung“ nicht erforderlich ist (zur Begriffsklärung vgl. u.a. Otto Speck, Schulische Inklusion aus heilpädagogischer Sicht, Rhetorik und Realität, 2. Auflage, Reinhardt-Verlag).

#### **III. Hennef - eine junge Stadt**

Hennef ist eine (Flächen-) Stadt mit 46.000 Einwohnern verteilt auf 106 Quadratkilometern. Die sogenannte „Stadt der 100 Dörfer“ besteht tatsächlich aus rund 100 kleinen Dörfern und Weilern, idyllisch gelegen in einer reizvollen Landschaft rund um den Zentralort und entlang der Sieg. Hennef ist mit einem

Durchschnittsalter seiner Bevölkerung bei rund 40 Jahren die jüngste Kommune im Rhein-Sieg-Kreis. Rund 10.000 Kinder und Jugendliche leben hier. Hennef verfügt über sieben Grundschulen, eine Förderschule, eine Haupt-, Real- und Gesamtschule sowie ein Gymnasium. Ebenso sind hier ein Berufskolleg in Trägerschaft des Kreises sowie seit dem 01.08.2011 zwei private Ersatzschulen vorhanden. Darüber hinaus befinden sich zwei weitere Förderschulen in Trägerschaft des Landkreises bzw. der Caritas-Betriebsgesellschaft in der Stadt.

#### **IV. Erste Schritte auf dem Weg zur Inklusion**

Dass dem Thema Inklusion in Hennef mittlerweile eine zentrale Bedeutung zukommt, liegt in erster Linie am zivilgesellschaftlichen Engagement der Initiatorin der mutigen Idee einer „inklusive Schule“, einer Schule für alle Kinder. Lucia Schneider, die Vorsitzende des Vereins, und ihre Mitstreiterinnen im Verein „Schule für alle“ ließen in ihrer Initiative nicht nach, die Bürgerinnen und Bürger der Stadt, die Bildungsfachleute, die Politikerinnen und Politiker und insbesondere die Verantwortlichen der Stadtverwaltung über ihre Idee einer inklusiven Schule zu informieren, sie von der Dringlichkeit und Möglichkeit zu überzeugen und sie als Verbündete zu gewinnen. Diese Initiativen sind so nachhaltig gelungen, dass die Stadt nun selbst den Prozess vorantreiben möchte.

Erstmals stand das Thema Inklusion im Jahr 2009 auf der Tagesordnung der Arbeitsgemeinschaft „Jugendhilfe und Schule“, was zunächst zu verhaltenen Reaktionen führte. Dem folgte dann aber ein halbes Jahr später der Grundsatzbeschluss des Jugendhilfeausschusses zur Erweiterung der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe und Schule um das Thema Integration und Inklusion (09.03.2010 und 26.05.2010). In der Folge erhielt der Prozess in Hennef eine besondere Dynamik, die notwendige Rahmung und Struktur, die insbesondere von der Montag-Stiftung für Jugend und Gesellschaft, Bonn, professionell begleitet und unterstützt wurde und am 14.12.2010 durch Abschluss einer Kooperationsvereinbarung aller Akteure die im Folgenden dargestellten Ergebnisse erzielte.

Bildung einer **Steuergruppe**: Die Federführung in der für die Initiierung des Prozesses gebildeten Steuergruppe bleibt bei der Initiatorinnen-Gruppe, dem Verein „Eine Schule für alle“. Weitere Mitwirkende sind der Verein „Betreute Schulen“, der in Hennef für die Offenen Ganztagschulen maßgeblich verantwortlich zeichnet, sowie der Stadtsportverband. Der Erste Beigeordnete, der Leiter des Amtes für Kinder, Jugend und Familie, die Leiterin des Schulamtes sowie der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses sind die Vertreter der Stadt in der Steuergruppe. Mitarbeitende der Schulverwaltung sowie des Amtes für Kinder, Jugend und Familie stellen die notwendigen Supportleistungen wie Einladungen, Protokoll, Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungsvorbereitung, Information und Einbeziehung anderer Fachbereiche usw. sicher. Die Steuergruppe versteht sich als Startgruppe. Sie will das inklusive Projekt in Gang setzen, erste Ideen sammeln und den Prozess strukturieren. Inklusion in der Bildungslandschaft Hennef ist das erste Vorhaben, da in und über Schule alle gesellschaftlichen Schichten der Bevölkerung erreicht werden können. Im Verlauf dieser Projektentwicklung sollen weitere Hennefer Initiativen, Bürgerinnen und

Bürger, Unternehmen, Elternvertretungen sowie Kinder und Jugendliche aktiv in den Inklusionsprozess einbezogen werden um letztlich die Inklusion in allen Lebensbereichen umzusetzen. Begleitet wird die Steuergruppe fachkundig von Raimund Patt, Entwicklungsbüro „schulhorizonte“, diese Unterstützung hat sich im gesamten Prozess als äußerst sinnvoll erwiesen.

**Startworkshop Februar 2011 „Auf dem Weg zur inklusiven Bildungslandschaft Hennef“:** Den 70 Teilnehmenden des Startworkshops aus Schulen, Kitas, Jugendhilfe, Verwaltung und Politik gegenüber unterstrich der Bürgermeister bei der Eröffnung des Startworkshops am 26.02.2011, „dass wir bei diesem wichtigen Thema in Hennef deutliche Fortschritte gemacht haben. Sowohl menschlich wie auch bildungspolitisch müssen wir alles dafür tun, dass jeder Mensch die Möglichkeit hat, seine Potenziale auszuschöpfen. Inklusion ist der richtige Weg.“ Information, Austausch und Dialog über erste Entwicklungsschritte standen im Mittelpunkt des Workshops in der Gesamtschule Hennef. Der Vertreter der Schulaufsicht präsentierte Zahlen zur Situation der Kinder und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf sowie zum Stand der integrativen Beschulung in der Stadt. Die Hennefer Schulen weisen mit 26 % zwar eine im Vergleich (Rhein-Sieg-Kreis 20 %) gute Integrationsquote auf, sehr deutlich wird jedoch, dass im Bereich der weiterführenden Schulen sowie der zieldifferenten Förderung noch erheblicher Entwicklungsbedarf besteht. Und recht viele Kinder und Jugendliche müssen täglich zum Besuch einer speziellen Förderschule weite Wege in eine benachbarte Stadt und sogar bis Köln zurücklegen.

Die im Startworkshop implementierten Dialog-Runden erarbeiteten notwendige Bedingungen für inklusive Entwicklungen:

- die gemeinsame Haltung zur Dringlichkeit inklusiver Entwicklung,
- mehr Wissen voneinander,
- mehr Austausch von Erfahrungen und Einbeziehung der Eltern,
- gemeinsame Fortbildungen,
- Qualifizierung und Standardisierung der Übergänge,

und konkretisieren eine erste Etappe: Die Bildung gemeinwesenorientierter Partnergruppen (Förderschulen mit unterschiedlichen Ausrichtungen, Grundschule, Amt für Kinder, Jugend und Familie...) zum Aufbau einer inklusiven Bildungslandschaft.

Ausfluss dieses Workshops waren u.a.

- der Bürgerantrag des Vereins „Schule für alle“ zur Prüfung der Voraussetzungen zum weiteren Ausbau des gemeinsamen Unterrichtes an den Hennefer Schulen,
- der Beschluss des Jugendhilfeausschusses und des Schulausschusses auf Erstellung eines Inklusionsplanes, vorrangig bezogen auf die Themenfelder Jugend und Schule und die
- Bewerbung bei der Deutschen UNESCO-Kommission um Beratungsleistungen zum Thema „Inklusion“.

## V. Der politische Auftrag

Der erste Schritt in die „offizielle“ Stadt-Politik gelang dem Thema „Inklusion“ im März und Mai 2010 mit dem Grundsatzbeschluss des Jugendhilfeausschusses. In der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe und Schule wurde von da an das Thema integriert. In einer parallel angestoßenen Leitbild-Diskussion für die Stadt Hennef beschloss der Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus im November 2010 die Diskussionsvorlage „Kernthesen für ein Leitbild und Leitziele der Stadt Hennef“. Mit den Zieldimensionen u.a. „Förderung von Bildung und Kultur“ - „Stärkung des Miteinanders der Generationen“ - „Stärkung der Dörfer und der Dorfgemeinschaften“ sowie „Stärkung der Vereine als integrative soziale Kraft“ ist Inklusion als zentrales Querschnittziel, als Leitbild der Bildungslandschaft Hennef und darüber hinaus in allen Lebensbereichen in Hennef verbunden.

## VI. Die nächsten Etappen: Bildungsnetzwerk und Schulentwicklungsplanung

Alle Initiativen und Ideen aus Workshops sowie politischen Debatten und Entscheidungen werden in der Steuergruppe gesammelt und thematisiert. Die Steuergruppe erarbeitet Empfehlungen für sinnvolle, wirksame und realisierbare nächste Vorhaben. Für die Jahre 2011/2 stehen zwei Projekte auf der Agenda, die Gründung und verpflichtende Vereinbarung des Bildungsnetzwerkes Hennef sowie die Erarbeitung eines kommunalen Inklusionsplanes als Teil der örtlichen Schul- und Jugendhilfeentwicklungsplanung.

Dieser Masterplan „Inklusion“ soll bis zum Jahresende von der Steuerungsgruppe des Inklusionsprozesses erarbeitet werden und wird konkrete Projektbeispiele umfassen, die in Abstimmung mit der Schulaufsicht, den Sozialleistungsträgern, dem Regionalen Bildungsbüro, dem LVR und vielen anderen Stellen in den kommenden Jahren umzusetzen sein werden. Hierbei sollen auch die Erkenntnisse der Informations- und Vernetzungsveranstaltung des Expertenkreises „Inklusive Bildung“ der Deutschen UNESCO-Kommission mit einfließen, die voraussichtlich im Frühjahr 2012 stattfindet.

Ferner werden in Hennef die Arbeiten an der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes u.a. mit dem Fokus „Inklusion“ Ende 2011 begonnen und voraussichtlich mit 2012 nach Abstimmung mit allen relevanten Akteuren abgeschlossen.

„Steine ins Rollen bringen“, das geschieht in Hennef nicht von selbst, besonders nicht in der Herausforderung Inklusion, die Bisheriges so umfänglich infrage stellt und komplexen Wandel erfordert.

Folgende Wirkfaktoren lassen sich aus dem bisherigen Hennefer Prozess ableiten und übertragen:

- die Überzeugungskraft und Nachdrücklichkeit einer Person, eines Vereins mit einer Inspiration;
- das zunehmende Öffentlichwerden und Verankerung einer neuen Idee;
- das Gewinnen von Verbündeten in den Schulen, bei den Eltern, in Vereinen und in der Politik;
- Leadership: die Verantwortungsträger in der Stadt machen es zu ihrem Thema, zu ihrem politischen Auftrag;

- die Bildung einer Steuergruppe;
- das Miteinander zivilgesellschaftlicher Initiative, Verwaltung und Politik;
- die Planung in konkreten Etappen.

## VII. Schlussbetrachtung

Der Inklusionsprozess in Hennef wird - da sind sich alle Beteiligten einig - nur schrittweise und über mehrere Jahre realisiert werden können. Dabei begreift die Stadt Hennef die Integration als Weg zur Inklusion. Ohne die Vorarbeiten, die im Bereich der Integration von Schülerinnen und Schülern geleistet worden sind, wäre eine Inklusion nur schwer umsetzbar. Wichtig im Inklusionsprozess ist jedoch, dass das Land NRW konkrete Vorgaben im bildungspolitischen Bereich erarbeitet und in den Prozess einbringt. Die Stadt Hennef ist bereit, im Rahmen ihrer Mittel eigenverantwortlich zu handeln und das Projekt „Inklusion“ voranzutreiben. Inklusion ist jedoch eine gesamtstaatliche Aufgabe, was auch die Anwendung des Konnexitätsprinzips - zum Beispiel beim Einsatz von Integrationshelfern, bei neuen Lehr- und Lernmitteln, bei der Schülerbeförderung und bei ggf. notwendigen Umbauten von Schulgebäuden - verlangt. Diese Diskussion darf aber nicht den Blick darauf verengen, dass auch heute bereits im Rahmen der vorhandenen Ressourcen Vieles im Sinne der Inklusion leistbar und umsetzbar sein wird. Im Rahmen der gesamtstaatlichen Verantwortung und auch einer gesamtfinanziellen Verantwortung müssen die Schritte zur inklusiven Bildung und zur Inklusion sachgerecht vor dem finanziellen Hintergrund und der gesamtgesellschaftlichen Akzeptanz betrachtet werden. Ansonsten besteht möglicherweise die Gefahr, dass die Gedanken der Inklusion gesamtgesellschaftlich abgelehnt und das Projekt – trotz aller rechtlichen Rahmenbedingungen - von der Zivilgesellschaft nicht mitgetragen wird.

Die Kommunen haben insbesondere im Bereich der Bildung eine hohe Verantwortung für das Gelingen des Prozesses. So sind sie neben der Schulträgerschaft u.a. für Kindertageseinrichtungen, Freizeiteinrichtungen, Sportstätten, Musikschulen, Volkshochschulen und Bibliotheken zuständig. Hier können und müssen gute inklusive Ansätze erarbeitet und umgesetzt werden. Und vielfach sind es nicht die großen Baumaßnahmen, sondern die kleinen und praktischen Dinge in der Zusammenarbeit - auch zwischen den einzelnen Leistungsträgern - die letztlich den betroffenen Menschen helfen. Im diesem Sinne wird die Stadt mit allen ihren Akteuren den Prozess der Inklusion weiter vorantreiben. Es gilt auch hier für die Verantwortlichen der rheinische Satz: „Jeder Jeck es anders“. In diesem Sinne wünschen sich die Verantwortlichen in der Stadt Hennef eine werteorientierte (nicht wertefreie) Vielfalt in ihrer Stadtgemeinschaft.